
Für das Mitteilungsblatt am 25.11.2016

Bericht aus der Arbeit des Gemeinderats am 08.11.2016

Frau Brenner fragt nach der weiteren Vorgehensweise zum Gebäude Alte Volksschule. Bürgermeister Bischoff erläutert, dass eine Klausurtagung des Gemeinderats am 25. und 26. November u.a. zu diesem Thema stattfindet.

Erweiterung Erddeponie Egenhauser Weg – Verfüllabschnitt III Bestehender Waldtrauf

Bei der letzten Gemeinderatssitzung war noch die Frage offen, in wie weit der Waldtrauf bestehen bleiben kann bei der Erweiterung der Erddeponie Egenhauser Weg für den Bereich Verfüllabschnitt III. Der seinerzeit dem Gemeinderat vorgelegte Lageplan war hinsichtlich dieser Frage nicht konkretisiert. Es sei von Anfang an vorgesehen gewesen, dass entlang der L 353 ein ca. 25 bis 30 Meter tiefer Streifen und entlang der Zufahrt zur Deponie ein ca. 10 bis 15 Meter breiter Streifen erhalten bleibt. Ohne weitere Diskussion nimmt der Gemeinderat von dieser Information Kenntnis.

Beratung Haushaltsplan – Entwurf 2017

Bürgermeister Bischoff verweist darauf, dass die Gemeindeverwaltung wieder frühzeitig unterwegs sei, den Haushaltsplan für das Jahr 2017 aufzustellen. Einige Unwägbarkeiten ergeben sich durch Umlagen, Festsetzungen, Zuweisungen und beantragte bzw. nicht genehmigte Zuschüsse. Es handle sich hier um einen Plan, der, wie die Erfahrung zeigt, am Schluss nicht eins zu eins umgesetzt werden könne. In der Gemeinderatssitzung am 18.10.2016 wurde der Haushaltsplan eingebracht und hat gegenüber dem Vorentwurf einige Änderungen erfahren. Ein **Organisationsgutachten** aus dem Jahre 2003/2004 ist aufgrund Veränderungen in der Hauptverwaltung des Rathauses nicht mehr anwendbar. Im Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt wurde empfohlen, ein neues Organisationsgutachten erstellen zu lassen. Es habe sich neben den personellen Veränderungen im Verwaltungsbereich auch ein Aufgabenzuwachs ergeben. Bürgermeister Bischoff betont, dass es ihm wichtig sei, den Blick von außen auf die Verwaltung zu erhalten. Weiterhin sei zu prüfen, ob die Aufgabenzuordnungen richtig sind. Dies sei aus der Verwaltung heraus nicht leistbar. Befürchtungen aus der Mitte des Gemeinderats das Organisationsgutachten soll die Auflösung der Ortschaftsverwaltungen ergeben, tritt Bürgermeister Bischoff entgegen. Dies sei nicht Gegenstand der Beauftragung. Weiterhin sei man bei bisherigen Ergebnissen des Organisationsgutachtens auch gemeinsam mit dem Gemeinderat unterwegs gewesen, so z.B. durch Einrichtung einer zusätzlichen Stelle, Einrichtung einer Bürger- und Gästeinformation. Bürgermeister Bischoff empfiehlt die Gemeindeprüfungsanstalt mit der Erstellung des Organisationsgutachtens zu beauftragen. Sie habe bereits einen Einblick in die Gemeindeverwaltung bekommen. Bezüglich Kosten könne dem Gemeinderat zur gegebenen Zeit Zahlen genannt werden.

Bürgermeister Bischoff verweist darauf, dass aufgrund höherer Anforderungen des Landesjugendamts wie auch des Landratsamtes sowohl an Räumlichkeiten als auch an zusätzlichem Personal eine nicht vorhersehbare Kostenerhöhung entstanden ist. Der **Hort an der Schule** war zunächst nur für eine Gruppe vorgesehen. Der angenommene Personalschlüssel sei nicht ausreichend. In Abstimmung mit dem Einstellungsträger, die AWO, wurde eine namentliche Benennung von Stellvertretern weiterer Personen vorgenommen. Bisher ist man von 80.000 Euro Personalkosten ausgegangen. Hinzugekommen sind Tarifsteigerungen und die Einrichtung einer zweiten Gruppe. So wurden die Personalkosten von 128.000 auf 160.000 Euro erhöht. Die Einnahmen aus Essensverkauf müssen von 25.000 auf 17.600 Euro reduziert werden. Entsprechende Ausgaben seien anzupassen, weil die Kosten des Essens ausgeglichen gestaltet werden müssen. Bürgermeister Bischoff erläutert, dass es grundsätzlich sehr positiv ist, dass die Nachfrage nach Hortplätzen alle überrascht habe und man für eine zweite Gruppe für die Räumlichkeiten Anpassungen vorgenommen werden müssen. Hier sei eine größere Belichtungsmöglichkeit durch einen Lichthof erforderlich. Aus diesem Grunde soll eine Überprüfung der Gebührenkalkulation für das nächste Jahr erfolgen, bevor die Anmeldungen für das weitere Schuljahr erfolgen müssen. Die Nachfrage zeige, dass die Entscheidung im Gemeinderat richtig war, einen Hort am Schulzentrum einzurichten.

Für die Ersterfassung von kommunalen Bäumen in einem **Baumkataster** wurden 10.000 Euro vorgesehen. Für einen Baumkletterer wurden weitere 15.000 Euro, insgesamt 25.000 Euro vorgesehen. Das Baumkataster soll ein Konzept darstellen, welche Bäume in welchen regelmäßigen Abständen zu pflegen sind und vor allem in welchen Zuständen sich die Bäume im Hinblick auf die Verkehrssicherungspflicht der Gemeinde befinden. Das Baumkataster dient auch als Nachweis für evtl. Haftungsfälle. Der Gemeinderat wünscht eine Reduzierung des Haushaltsplanansatzes von 25.000 Euro auf 10.000 Euro. Bei entsprechender Reduzierung des Haushaltsansatzes, so Bürgermeister Bischoff, können eben nur so viele Bäume gepflegt werden, bis der Haushaltsansatz mit 10.000 Euro aufgebraucht ist.

Die Einrichtung einer **Grundbucheinsichtsstelle** im Rathaus ist beim Justizministerium zu beantragen. Die Voraussetzungen sind weitgehend geschaffen. Weitere Kosten fallen nicht an. Begrüßt wird aus der Mitte des Gemeinderats, dass die Verwaltung bereit ist, eine Grundbucheinsichtsstelle zur Verfügung zu stellen. Dies sei ein weicher Standortfaktor, weil die Bürger ihre Grundbuchauszüge dann zukünftig nach Wegfall des Notariats auf dem Rathaus erhalten können.

Die **Straßenunterhaltung** mit 150.000 Euro ist zunächst für die Oberflächen-sanierung in der Dieselstraße, Fugensanierung Alte Poststraße/Bergstraße sowie laufender Unterhalt der Straßen insbesondere nach Beschädigungen in der Winterfrostperiode vorgesehen. Weiterhin ist die Wiederherstellung der Straßenoberflächen nach Breitbandkabelverlegungen notwendig.

Die im Vermögenshaushalt eingestellten rund 360.000 Euro für die **Erneuerung des Hartplatzes** am Schulzentrum werden voraussichtlich nicht ausreichen.

Hierfür wird ein Zuschussantrag gestellt. Die EDV-Verkabelung mit rund 250.000 Euro ist derzeit in Planung. Auch hierfür soll ein Zuschussantrag gestellt werden. Die **EDV-Verkabelung am Schulzentrum** mit rund 250.000 Euro ist derzeit in Planung. Auch hier soll ein Zuschussantrag gestellt werden.

Beim **Kindergarten Bösing** sollen die Außenanlagen neu gestaltet werden. Die Gesamtkosten liegen bei 120.000 Euro und der Anteil der Gemeinde beträgt 90 Prozent laut Kindergartenvertrag mit der evangelischen Kirchengemeinde. Der Betrag wurde auf 100.000 Euro maximal festgelegt. Es sei zunächst wichtig, dass die Tiefbau- und Erdarbeiten im Ganzen ausgeführt würden. Einzelne Spielgeräte könnten auch im Folgejahr noch beschafft werden. Mit der Investition der Gemeinde in die Außenanlagen werde ein deutliches Zeichen für den Erhalt des Kindergartens in Bösing gesetzt. Eventuell ist es denkbar, dass auch Eigenleistungen getätigt werden können.

Für die **Geräteausstattung in der Sporthalle** wurden von der Schule noch kurzfristig 3.200 Euro für diverse Geräte, Ersatz und Neubeschaffungen angemeldet.

Unterschiedliche Meinungen ergaben sich hinsichtlich der **Überplanung des gesamten Marktplatzbereiches**, für die eine Planungsrate mit 10.000 Euro eingestellt war. Der Marktplatz sei vor nicht allzu langer Zeit neu hergestellt worden, wurde vorgetragen. Man könne jetzt keinen neuen Marktplatz machen. In anderen Städten und Gemeinden halten die Marktplätze auch mehrere Jahrzehnte.

Andererseits wird die Meinung vertreten, wenn nur die Alte Volksschule saniert werde, dann sei dies Stückwerk. Der gesamte Umgebungsbereich müsse untersucht werden, insbesondere auch im Hinblick auf das Feuerwehrareal. Weiterhin wird vorgetragen, dass die Einfahrt der Schulstraße in den Marktplatz verkehrlich problematisch sei. Es sei ein großer Einfahrtstrichter vorhanden. Es wurde schlussendlich vorgeschlagen den Ansatz für den Marktplatzbereich zu streichen und diese Summe für die weitere Vorgehensweise der alten Volksschule einzustellen. Einig war sich der Gemeinderat trotzdem, das beschädigte Porphyrpflaster auszutauschen.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde vorgeschlagen, dass neben einem Gesamtkonzept im Kontext mit der Alten Volksschule und der Feuerwehr auch ein Parkierungskonzept erforderlich sei. Im Marktplatz und in den angrenzenden Bereichen dürfe keine isolierte Planung vorgenommen werden.

Bei der Haushaltsstelle **Erneuerung von Straßenbeleuchtungen** wird aus der Mitte des Gemeinderats darauf hingewiesen, dass eine vielfache Mastauswechslung nicht erforderlich sei. Vielmehr sollen die Beleuchtungskörper ausgetauscht und erneuert werden. Hier soll ein Beleuchtungskonzept erstellt werden, damit einheitliche Beleuchtungskörper in Kälberbronn, Herzogsweiler und Teile von Pfalzgrafenweiler für die niedrigen Masten angeschafft werden.

Auf dem **ehemaligen Minigolfgelände** soll ein Mehrgenerationenplatz entstehen. Dies wurde im Rahmen der Bürgerbeteiligung zum Entwicklungskonzept als ELR-Schwerpunktgemeinde vorgeschlagen. Hierfür ist eine Planungsrate mit 5.000 Euro vorgesehen. Diese Maßnahme ist im LEADER Programm grundsätzlich förderfähig.

Zusammenfassend wird aus der Mitte des Gemeinderates darauf hingewiesen, dass eine **Entnahme aus der Rücklage** mit 4,5 Mio. Euro sowie eine **Zuführung zum Verwaltungshaushalt** mit über 100.000 Euro insbesondere dem **Ausbau eines Glasfasernetzes** geschuldet sei. Die Ausgaben belaufen sich auf ca. 3,5 Mio. Euro. Es müsse sparsam gewirtschaftet werden.

Für die Gewerbesteuerumlagen, die die Gemeinde abzuführen habe, sollen zwei Jahresbeträge in der Rücklage verbleiben. Weiterhin müsse ja der Verwaltungshaushalt so Ertragreich sein, dass er eine Zuführung an den Vermögenshaushalt erwirtschaften kann. Dies sei nicht der Fall.

Bürgermeister Bischoff weist darauf hin, dass die Verbesserung der Breitbandversorgung nicht originäre Aufgabe der Gemeinde sei. Der Ländliche Raum werde aber von Telekommunikationsunternehmen „abgehängt“. Mit der Glasfasertechnologie sei man auf dem richtigen Weg. Er erinnere an verschiedene Sitzungen in denen auch Herr Garbe von den Stadtwerken Altensteig vertreten war. Diese Technologie sei langfristig angelegt. Durch Leitungsmiete bekomme man auch einen Rückfluss in Form von Miete oder Pacht für das Glasfasernetz.

Aus der Mitte des Gemeinderats wird darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat mit Sinn und Verstand haushalte. Der Aufbau eines Glasfasernetzes wurde mehrfach und ausführlich beraten und dazu werde man weiterhin stehen.

Desweiteren werden die Eigenbetriebe zur Beratung aufgerufen. Es wird darauf hingewiesen, bei der **Kanaluntersuchung Langwiesentalstraße** auch die Kanäle in der Georg-Hauser-Straße mit zu untersuchen.

Auf die Frage, warum der Zulauf an der **Kläranlage Bösinggen** geändert werde, erläutert der anwesende Ingenieur Theo Gärtner, dass der Trockenwetterabfluss nicht mehr gepumpt werden solle, weil man erhebliche Verstopfungsprobleme habe sondern im freien Gefälle auf die Kläranlage kommen solle. Herr Möhrle ergänzt, dass diese Maßnahme nur erfolge, wenn ein Zuschuss gewährt werde.

Aus der Mitte des Gemeinderats wird die **Beteiligung der Gemeinde an der Nahwärmeerzeugung** in Zusammenhang mit der Sondersitzung im August angesprochen. Es sei eine Beteiligung an der Weiler Wärme anzustreben. Hierzu sollten die Beteiligten ein Konzept erarbeiten. Für das Biomasseheizkraftwerk I und II bei einer 1/3 Beteiligung seien dies 17.000 Euro. Einstimmig stimmte der Gemeinderat der Aufnahme des Haushaltsplanansatzes zu. Bürgermeister Bischoff erläutert, dass dies nur prophylaktisch sein könne. Aus der Mitte des Gemeinderats wird ergänzt, dass zunächst noch Gespräche abgewartet werden müssen.

Hinweis: Das Protokoll zu dieser Sitzung kann nach der Fertigstellung zu den üblichen Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung bei Frau Hauser (Zimmer Nr. 13) und auf der Internetseite (<http://www.pfalzgrafenweiler.de>) eingesehen werden.